



Sonne statt Erdöl – der Kanton Zürich will beim Klimaschutz Ernst machen.



JA zum Energiegesetz – Zürich kann das!

Öl- und Gasheizungen verursachen 40 % des CO₂-Ausstosses



Daniel Sommer
EVP-Kantonsrat
Affoltern a. A.

Am 28. November kann die Zürcher Bevölkerung beweisen, dass sie für das Klima Verantwortung übernehmen will. Denn nur wo ein «JA» zum neuen Energiegesetz auf dem Stimmzettel steht, wird Verantwortung wahrgenommen. Die EVP empfiehlt einstimmig ein Ja.

Umweltfreundliche Heizungen und energetische Verbesserungen unserer Gebäude sind ein Muss für Klimaschutz und Energiewende. Frühere Pioniertaten stimmen zuversichtlich. Bereits ab 1938 wurden in Zürich die ersten Wärmepumpen-Heizungen Europas installiert. Zwar weniger dem Klima zuliebe als zur Reduktion der gefährlichen Abhängigkeit von Kohleimporten.

Im Kanton Zürich verursachen 120 000 Öl- und Gasheizungen noch immer 40 % des CO₂-Ausstosses. Weil damit Schluss sein muss, setzt das neue Gesetz bei den Heizungen an. Am Ende ihrer Laufzeit sollen Öl- und Gasheizungen durch saubere, klimafreundliche Wärmesysteme wie Erdwärmepumpen oder Pellet-Heizungen ersetzt werden. Diese sind sogar über die ganze Lebensdauer günstiger als fossile Heizungen. Selbstverständlich müssen auch Neubauten mit einem umweltfreundlichen Heizsystem ausgerüstet werden und für die Eigenstromerzeugung auf Photovoltaikanlagen setzen.

Dass wir uns mit diesem Wechsel aus der Abhängigkeit von Erdöl- und Erdgasländern befreien, erinnert erneut an die Pioniertaten des letzten Jahrhunderts. Jährlich fließen 500 Millionen Franken ins Ausland. Dank dem Energiegesetz wird dieses Geld hier bleiben und direkt dem Zürcher Gewerbe zugutekommen. Dies schafft Arbeitsplätze und sorgt für einen Innovationsschub in der Wärmetechnik. Unverständlich, dass der Hauseigentümerverband gegen das Gesetz Sturm läuft.

Das Gesetz nimmt vorhandene Ängste vor einem Wandel ernst. Es sieht deshalb Förder-

mittel von jährlich 60 Millionen Franken vor, um übermässige finanzielle Belastungen der Hauseigentümerinnen und Mieter zu verhindern. Wohnen wird also nicht teurer. Da älteren Eigentümern oft das Geld für bauliche Massnahmen fehlt, brachte die EVP eine Härtefallregelung ein, die den nötigen Spielraum schafft und das Vertrauen in den Gesetzgeber stärkt.

Die Botschaft ist klar: «Klimaschutz lohnt sich!» Er lohnt sich für Hauseigentümer und Mieterinnen, für unser Gewerbe und für die kommenden Generationen. Gemeinsam schaffen wir die Wende.

EDITORIAL



Roger Föhn
EVP Gemeinderat
Stadtratskandidat
Zürich

Liebe Leserin, lieber Leser

Als EVP Stadt Zürich sind wir immer wieder politisches «Korrekturprogramm». Dazu zwei Beispiele:

- Wir haben Ja gesagt zu freiwilligen Tagesschulen. Nun soll die Tagesschule erzwungen werden. Verkürzte Mittagspause und überhöhte Preise bei nur einzelnen Mittagsverpflegungen üben Druck aus. Das ist nicht fair für alle, die ein anderes Familienmodell leben möchten.
- Wir haben Ja gesagt zu einer vernünftigen Verdichtung der Stadt. Nun will ein neuer Siedlungsrichtplan noch mehr verdichten, so dass massiv Grünraum verschwindet. Zürich muss nicht um jeden Preis auf eine halbe Million Einwohner anwachsen.

Als EVP möchten wir als Stimme der Vernunft Einfluss nehmen. Wir freuen uns über alle EVP-Wahllisten, die am 13. Februar 2022 eingelegt werden. Damit wir auch in den kommenden vier Jahren zum Wohl unserer Stadt wirken können!

Roger Föhn



JA zum Covid-19-Gesetz

Die «3-G»-Zertifikate ermöglichen Auslandsreisen und grosse Veranstaltungen



Lilian Studer
EVP-Nationalrätin
Wettingen AG

Im Juni 2021 hat das Volk das Covid-19-Gesetz mit 60 % Ja gutgeheissen. Dieses Gesetz wurde und wird fortlaufend geändert, so auch am 19. März 2021 noch vor der Volksabstimmung. Das damit eingeführte Zertifikat bleibt nur bei einem zweiten Volks-JA und nur bis zum 19. März 2022 in Kraft, da erneut das Referendum ergriffen wurde. Die EVP sagt auch diesmal Ja.

Mit der Revision vom März 2021 hat das Parlament Finanzhilfen auf Betroffene ausgeweitet, die bis dahin nicht oder zu wenig unterstützt werden konnten, und es hat das Contact-Tracing zum Unterbrechen der Ansteckungsketten weiterentwickelt. Schliesslich hat das Parlament die

gesetzliche Grundlage für das von ihm verlangte Covid-Zertifikat für Genesene, Geimpfte und Getestete geschaffen.

Dieses Zertifikat ist am meisten umstritten. Es würde bei einem Nein am 19. März 2022 wieder wegfallen, da es auf dringlichem Bundesrecht beruht. Damit würden Auslandsreisen wieder erheblich erschwert und zahlreiche grössere Veranstaltungen verunmöglicht. Wegfallen würden u. a. aber auch die zusätzlichen Taggelder für arbeitslose Personen.

«Die zusätzlichen Taggelder für arbeitslose Personen würden wegfallen.»

Die EVP-Delegierten haben mit 40 Ja zu nur 3 Nein klar Ja gesagt zum Covid-19-Gesetz. Es ist eine wichtige Grundlage, die Pandemie zu bekämpfen und die wirtschaftlichen Schäden einzudämmen.

IN KÜRZE

Gaht's-no!

Die FDP ZH hat ihren 12. «Gaht's-no!-Priis» dem Gemeinderat Pfäffikon für seinen absurden Antrag an die Gemeindeversammlung verliehen. Er wollte Musik im Freien stark einschränken. Damit erlitt er allerdings Schiffbruch, weil die *jev, angeführt von **Dominic Täubert**, vor allem junge Stimmberechtigte zur Gemeindeversammlung mobilisiert hatte (wir berichteten in EVPinfo 164).



© ZVG

Wetzikon

EVP-Stadtpräsident Ruedi Rüfenacht verzichtet nach zwei erfolgreichen Amtsdauern auf eine Wiederwahl. Die EVP Wetzikon erhebt aber mit **Pia Ernst** (1964) weiterhin Anspruch auf einen Sitz im Stadtrat. Sie ist Geschäftsführerin einer Patientenorganisation im Gesundheits- und Sozialwesen. Ruedi Rüfenacht: «Pia Ernst ist meine Wunschnachfolgerin.»

Ordination

Ende August ist **Renato Pfeffer**, EVP-Gemeinderat in Richterswil, im Grossmünster als reformierter Pfarrer ordiniert worden. Seine Arbeit fasst er im Beruf Gärtner zusammen; «Als Pfarrer und Gemeinderat habe ich die Aufgabe, einen Garten zu pflegen. Ich kann pflanzen, aber nicht zum Wachstum zwingen, sondern muss den Pflanzen Raum und Nährstoffe geben, damit sie gedeihen können.»



© PSW

XXXXXXXXXX

ANZEIGE

Wahrhafte Qualität.

daniel sommer holzwerkstatt
8911 Rifferswil · sommerholz.ch

Kienast
Immobilien Verwaltung

Walter Kienast
Marktgasse 66
8400 Winterthur
Tel. 052 202 15 21
kienast-sport@bluewin.ch

BGJ³²

Baugenossenschaft Josefstrasse 32
Josefstrasse 32, 8005 Zürich
Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, sekretariat@bgj32.ch

JA zur Pflegeinitiative

Ungenügender Gegenvorschlag – nur Klatschen reicht nicht



Barbara Günthard Fitze
EVP-Kantonsrätin
Winterthur

Die Pflege steht vor grossen Herausforderungen. Die Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» will ihr den Rücken stärken. Die EVP hat ohne Gegenstimme die JA-Parole beschlossen.

Die Zunahme der älteren Bevölkerung und der wachsende Fachkräftemangel stellen das Gesundheitswesen vor grosse Probleme. Aktuell sind über 11 000 ausgeschriebene Stellen in der Pflege nicht besetzt. Für 2030 wird mit einem zusätzlichen Bedarf von 65 000 Pflegefachpersonen gerechnet. Es besteht grosser Handlungsbedarf, zumal in der Schweiz zu wenig Fachpersonal ausgebildet wird.

Die vom Schweiz. Berufsverband der Pflege eingereichte Pflegeinitiative will diesen Notstand beheben. Sie verlangt von Bund und Kantonen die Anerkennung des Pflegeberufs als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung. Bund und Kantone sollen dafür sorgen, dass genügend diplomierte Pflege-

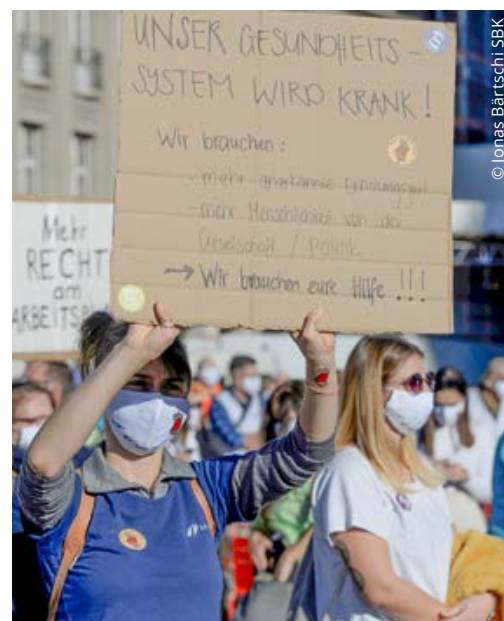
fachpersonen ausgebildet werden und das in der Pflege tätige Fachpersonal entsprechend seiner Ausbildung und dessen Kompetenzen eingesetzt wird.

«Sie verlangt von Bund und Kantonen die Anerkennung des Pflegeberufs als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung.»

Ein von der Bundesversammlung angenommener Gegenvorschlag kommt diesen Anliegen nur ungenügend entgegen. Er stellt während 8 Jahren Bundesgelder von jährlich bis zu 25 Mio. Franken für die Ausbildung von Pflegefachkräften an den kantonalen Fachhochschulen in Aussicht und erlaubt den Pflegefachpersonen die selbstständige Abrechnung ihrer Leistungen mit den Krankenkassen.

Dieses Entgegenkommen ist zwar begrüssenswert, es genügt aber bei Weitem nicht. Es braucht zusätzlich entschlossene Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und insbesondere der Löhne. Als Pflegefachfrau HF kann ich dies aus meiner über 40-jährigen Berufserfahrung in verschiedenen Bereichen bestätigen.

Um diesen berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen, ist die Pflegeinitiative zu unterstützen. Die Delegierten der EVP Schweiz haben dies ohne Gegenstimme beschlossen. Nun sollen ihnen Volk und Stände folgen.



© Jonas Bärtschi SBK

Nicht nur ihre Demos, sondern auch ihre Initiative stossen im Volk auf Sympathie.

NEIN zur Justiz-Initiative

Zweifel an unseren Gerichten sind nicht gerechtfertigt



Nik Gugger
EVP-Nationalrat
Winterthur

Der Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterrinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)» liegt die falsche Annahme zugrunde, die Unabhängigkeit unserer Justiz sei nicht gewährleistet. Vielmehr würde eine Bestimmung der Mitglieder unseres höchsten Gerichts durch das Los die verfassungsmässige Ordnung auf den Kopf stellen. Die EVP empfiehlt deshalb ein NEIN.

Die Initiative ist von einem tiefen Misstrauen gegenüber unseren Gerichten geprägt. Gesprochen wird unter anderem von einem «Gaunersyndikat zwischen Exekutive und Justiz». Davon kann in der Schweiz keine Rede sein. Der Initiative liegt ein völlig falsches Bild eines korrupten Schweizer Regierungssystems zugrunde. Unse-

re Gerichte fällen ihre Urteile völlig unabhängig von Parlament und Regierung. Die Gewaltenteilung ist nicht gefährdet.

«Der Initiative liegt ein völlig falsches Bild eines korrupten Schweizer Regierungssystems zugrunde.»

Die Mitglieder unseres höchsten Gerichts werden durch die Bundesversammlung gewählt. Die von den Parteien vorgeschlagenen Kandidaturen werden durch die Gerichtskommission auf Herz und Nieren geprüft. Dieses Auswahlverfahren gewährleistet eine seriöse Auswahl. Gewährleistet ist damit eine unabhängige Justiz. Das hat nichts zu tun mit einer allfälligen Kritik an einzelnen Urteilen. Solche Kritik ist selbstverständlich zulässig.

Diskutiert wird bisweilen eine Wahl der Bundesrichter auf Lebenszeit, verbunden mit einem Abberufungsrecht. Im Ausland hat sich

eine solche Lösung teilweise bewährt. Zum systemwidrigen und völlig ungeeigneten Losverfahren haben unsere drei EVP-Mitglieder des Nationalrates jedoch Nein gestimmt. Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz ist ihnen mit 30 Nein zu 12 Ja gefolgt.



© Margrit Wältli

Um das Bundesgericht würfeln? Nein danke!

EVP-Kantonsräte im Portrait

Hanspeter Hugentobler, EVP-Kantonalpräsident

Engagiert für die nächste Generation

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft – deshalb engagiere ich mich als Kantonsrat besonders in der Familien-, Jugend- und Bildungspolitik.

In der Schule bilden wir die zukünftige Generation aus – mir ist es daher ein Anliegen, dass die Lehrerinnen und Lehrer ihren Bildungsauftrag engagiert erfüllen und die Schülerinnen und Schüler motiviert lernen können. Mit meinen Erfahrungen als Schulpräsident in meiner Wohngemeinde Pfäffikon und als Vater von drei mittlerweile erwachsenen Kindern ist es mir ein Anliegen, im Zürcher Kantonsrat zu guten Rahmenbedingungen für die Schule beizutragen. Damit unsere Kinder als nächste Generation die Herausforderungen der Zukunft bewältigen können.

«Mich begeistern Jugendliche, die es nicht bei einer «Fridays for Future»-Demoteilnahme bewenden lassen, sondern sich auf ein politisches Engagement in einer Partei oder gar auf ein Amt in der Wohngemeinde einlassen.»

Junge Menschen gewinnen

Als EVP-Parteipräsident beschäftigt mich die Frage, wie wir mehr junge Menschen für ein politisches Engagement gewinnen können. Manche Parteien haben zwar eine Jungpartei – auch wir als EVP haben eine innovative Junge EVP, in der sich viele junge Menschen engagieren, was mich immer wieder freut. Und mich begeistern Jugendliche, die es nicht bei einer gelegentlichen «Fridays for Future»-Demoteilnahme bewenden lassen, sondern sich auf ein konkretes politisches Engagement in einer Partei oder

gar auf ein Amt in der Wohngemeinde einlassen. Denn eine Aufgabe in einem kommunalen Amt wie zum Beispiel in einer Schulbehörde, in einem Gemeinderat oder einem Stadtparlament machte schon manch einem jungen Menschen Lust auf Politik. Wer sich aktiv in ein Amt hineingibt, realisiert: Politik ist nicht das «Drecksgeschäft derjenigen da oben, die sowieso machen was sie wollen», sondern Politik heisst «wir regeln unser Zusammenleben». Und auch die Behörde selbst profitiert davon, wenn sie nicht als «Ü50-Gremium» unter sich bleibt, sondern junge Frauen und Männer mit ihren Erfahrungswelten zu breiter abgestützten Entscheidungen beitragen.

Engagement lohnt sich

Ganz ehrlich: Mitzuhelfen, das Zusammenleben von uns Menschen zu regeln, ist nicht immer einfach – aber es ist eine spannende Aufgabe, in der man viele wertvolle Begegnungen mit Menschen macht und auch selbst viel dazulernt und Neues entdeckt. Ich persönlich habe es jedenfalls noch nie bereut, mich seit 20 Jahren in verschiedenen Behördenämtern zu engagieren.

«Ich möchte auf das Gute der Schweiz sehen und gemeinsam mit allen konstruktiven Kräften mutig die Herausforderungen der Zukunft anpacken.»

Meine Motivation

«Mehr gute Nachrichten» – das ist mein Lebensmotto. In unserem Land wird auf hohem Niveau gejammert und schlecht geredet. Ich möchte auf das Gute der Schweiz sehen und gemeinsam mit allen konstruktiven Kräften mutig die Herausforderungen der Zukunft an-

packen. Meine Motivation: Die gute Nachricht, dass Gott uns Menschen liebt. Sie motiviert mich, nebst meinem Hauptberuf als «Medienmanager» von ERF Medien Schweiz – der grössten Schweizer Fachredaktion im Bereich Glaube und Gesellschaft für TV, Radio, Internet und Print – mich auch politisch als Kantonsrat, als Schulpräsident und als Parteipräsident zu engagieren. Mein politisches Zuhause ist und bleibt dabei die EVP – als verbindende Mittepartei, als E-Partei, die auf der Grundlage des Evangeliums gründet und in unserer Politlandschaft und Gesellschaft eine wichtige Brückenbauer-Funktion zwischen den grossen Blöcken wahrnimmt.



Hanspeter Hugentobler, Mitglied der kantonsrätlichen Kommission für Bildung und Kultur

ANZEIGE

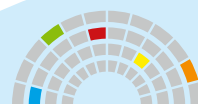
Weiningerstrasse 48
8103 Unterengstringen
Tel 043 455 20 20
info@beutterkuechen.ch

beutterküchenag
myKüche.ch

Tagung:
Glaube, Hoffnung und Liebe in der Politik?

christlich,
politisch,
engagiert!

Samstag, 20. November 2021, 9.30 bis 16.15 Uhr
Reformierte Kirche Bülach, Hans-Haller-Gasse 4
Infos und Anmeldung: forum-cep.ch



Forum
Christliches Engagement
in der Politik

Cup-Sieg der EVP

EVP-Fraktion setzt sich bei Abstimmungs-Marathon durch



Walter Meier
EVP-Kantonsrat
Uster

Wer soll wie viel für die Einbürgerung bezahlen? Dazu gab es kürzlich im Kantonsrat 5 Varianten. Abgestimmt wurde nach dem Cup-System. In der ersten Abstimmung war es nur die EVP-Fraktion, welche die Variante des Regierungsrats unterstützte. Am Schluss setzte sich diese Variante durch.

Das neue Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht ist am 1. Januar 2018 in Kraft getreten. Es vereinheitlicht das Einbürgerungsverfahren in der Schweiz und verschärfte zugleich die Einbürgerungsvoraussetzungen. Den Kantonen bleibt nur wenig Spielraum für eigene Vorschriften. Zu diesen gehören insbesondere die Anforderungen an die Wohnsitzdauer und die Gebühren.

Die EVP-Fraktion im Kantonsrat hält kantonale Verschärfungen für unnötig, zumal jede Verschärfung der linken Ratshälfte in den falschen

Hals gerät und jede Lockerung bei der rechten Ratsseite auf steinharten Boden fällt.

Bei den Einbürgerungsgebühren musste der Kantonsrat unter fünf Varianten auswählen. Diese reichten von vollen Gebühren bis zu keinen Gebühren. In der Mitte lag der von der EVP unterstützte Antrag der Regierung auf Gebührenerlass für Jugendliche, für eine halbe Gebühr für junge Erwachsene bis 25 und für die volle Gebühr ab 26.

Im ersten Durchgang war das Bild noch sehr unklar. Für den Antrag des Regierungsrates sprach sich nur die EVP mit ihren acht Stimmen aus. Bei jeder weiteren Abstimmungsrunde erhöhte sich die Stimmenzahl für den EVP-Antrag. Und in der letzten Runde obsiegte dieser mit 91 zu 76 Stimmen. Das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz wird damit also quasi zu einem EVP-Gesetz!

Oder besser gesagt: würde zu einem EVP-Gesetz. Denn dass die SVP nicht damit leben kann, steht leider schon fest. Das letzte Wort wird deshalb das Volk haben.

BEHÖRDENMITGLIED



© zvg

Claudia Rabelbauer

Mitglied im Gemeinderat Stadt Zürich

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... ich unseren christlichen Werten in der Politik eine Stimme und ein Gesicht geben kann;
- ... ich durch das Schreiben von Artikeln zur Meinungsbildung beitragen darf und so unsere direkte Demokratie stärken kann;
- ... ich die Gemeinschaft mit meinen Kolleginnen und Kollegen über die Parteigrenzen hinweg schätze.

Brücken bauen statt polarisieren

Im Kantonsrat ist die EVP stets gefragt, wenn es um tragfähige Lösungen geht



Markus Schaaf
EVP-Fraktionspräsident
im Kantonsrat
Zell-Rämismühle

Grosse Worte und unrealistische Vorstösse liegen der EVP im Kantonsrat nicht. Doch als Brückenbauerin bewährt sie sich immer wieder.

Bei der Beratung für ein fortschrittliches Energiegesetz hat sich **Daniel Sommer** dafür eingesetzt, dass es zu einem möglichst breit abgestützten Kompromiss kam, der von den meisten Parteien mitgetragen werden konnte. Sowohl von linker, wie auch von rechter Ratsseite waren die Parteien dankbar für die Rolle der EVP als Brückenbauerin.

«Sowohl von linker, wie auch von rechter Ratsseite waren die Parteien dankbar für die Rolle der EVP als Brückenbauerin.»

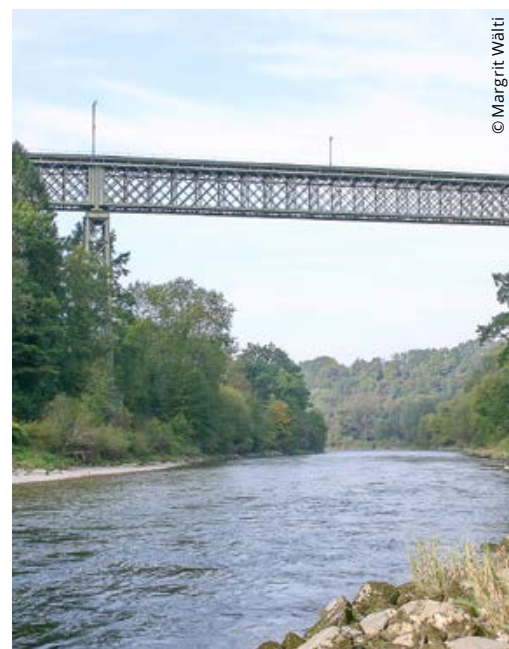
Durch den Vollzug eines Bundesgesetzes werden Geldspielautomaten wieder in Restaurants zugelassen. Dank der Unterstützung aus

den Lagern der Grünen, GLP und SVP kam die nötige Anzahl Stimmen zusammen, um eine Referendumsabstimmung zu bewirken. Mit grossem Einsatz organisierte **Beat Monhart** eine Abstimmungskampagne. Bekanntlich hat das Zürcher Stimmvolk trotzdem anders entschieden, und so werden in den Restaurants künftig die Spielautomaten leider wieder zugelassen.

Die Städte Winterthur und Zürich wollten für die Ausbildung zum Polizeidienst Ausländer zulassen. Die EVP Fraktion war der Meinung, dass für die Polizei, gleich wie bei Gerichten und Staatsanwaltschaften, weiterhin das Schweizer Bürgerrecht eine zwingende Voraussetzung sein müsse. Eine entsprechende Motion von SVP, FDP und EVP wurde von der zuständigen Kommission unter der Leitung ihres Präsidenten **Tobias Mani** in Rekordzeit beraten und verabschiedet. Somit wird auch künftig zwingend das Schweizer Bürgerrecht benötigt, wenn sich Bewerber für die Polizeischule anmelden.

Auf Anregung von **Barbara Günthard** wird geprüft, ob künftig Tanklöschfahrzeuge und weitere Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr mit Elektroantrieb eingesetzt werden können.

Kurz und gut – wenn tragfähige Lösungen gefunden werden sollen, ist die EVP immer mit im Spiel.



© Margrit Wälti

So alt wie diese Brücke über der Thur ist auch die Mission der EVP als Brückenbauerin.

EVP-Stadt- und Gemeindepräsidenten

Werden Affoltern a. A. und Opfikon zu neuen EVP-Städten?

(ps) Von den 14 Zürcher Stadtgemeinden wurden bisher Bülach (Mark Eberli) und Wetzikon (Ruedi Rüfenacht) von EVPlern präsidiert. Mark Eberli tritt 2022 nochmals an. Neu möchte die EVP mit Eveline Fenner Affoltern a. A. erobern und mit Heidi Kläusler-Gysin Opfikon. Die EVP-Gemeindepräsidentinnen Sandra Rottensteiner (Urdorf) und Regula Ehrismann (Zell) haben gute Chancen auf eine Wiederwahl.

Affoltern a. A.: Eveline Fenner (neu)



In Affoltern a. A. fordert Eveline Fenner zudem den Stadtpräsidenten heraus, der als Bisheriger nochmals antritt. Als Präsidentin der Rechnungsprüfungskommission (RPK) kann sie mit ihrer langjährigen Behörden Erfahrung punkten. Der Hauptort des Säuliamts ist nicht nur bezüglich dieser Kampfwahl ein Sonderfall. Dazu kommt, dass der bisherige EVP-Stadtrat Markus Gasser nochmals antritt. Bei einem Gelingen dieses Doppelangriffs würde Affoltern a. A. neben Pfäffikon ZH die zweite Gemeinde mit einer EVP-Doppelvertretung.

Bülach: Mark Eberli (bisher)

Bülach hat schon seit acht Jahren in der Person von Mark Eberli einen EVP-Stadtpräsidenten. Sich selber charakterisiert er u. a. mit den Stichworten Glaubwürdigkeit, Selbstbeschränkung, Wertschätzung, Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit und Zielorientierung. Es ist Bülach zu

wünschen, dass das Unterland-Zentrum auch in den nächsten vier Jahren auf der Grundlage dieser christlichen Werte regiert wird.



Opfikon: Heidi Kläusler-Gysin (neu)



In der Flughafenstadt Opfikon gehört Heidi Kläusler-Gysin dem Stadtrat als Verantwortliche für das Sozialwesen an. Der bisherige Stadtpräsident tritt 2022 nicht mehr an. Die EVP möchte diese Gelegenheit ergreifen und das Stadtpräsidium neu mit Heidi Kläusler-Gysin besetzen, die in der Stadt vielfältig vernetzt ist. Neben ihrem Amt als Stadträtin ist sie Präsidentin der EVP Opfikon-Glattbrugg. Ein Sonntagsspaziergang wird der Wahlkampf nicht, zu kontrovers sind dafür die Ansichten über die brennenden Probleme der Stadt.

Urdorf: Sandra Rottensteiner (bisher)

In einer Kampfwahl gelang Sandra Rottensteiner 2008 der Sprung in den Urdorfer Gemeinderat.

2010 wurde sie glanzvoll zur Gemeindepräsidentin gewählt. Ihre langjährige Erfahrung in der Gemeindepolitik wird nicht nur in Urdorf geschätzt, sondern auch im ganzen Bezirk Dietikon. Die Gemeindepräsidentenkonferenz des Bezirks hat Sandra Rottensteiner in den Leitenden Ausschuss des kantonalen Gemeindepräsidentenverbandes delegiert. Dort vertritt sie nicht nur EVP-Werte, sondern auch die Interessen der Lim-mattaler Gemeinden.



Zell: Regula Ehrismann (bisher)



Der Wahlsonntag im April 2018 war nicht nur für Regula Ehrismann ein Freudentag, sondern auch für ihre EVP. Nach vier Jahren im im Gemeinderat eroberte sie das Gemeindepräsidium. Regula Ehrismann stellt sich 2022 für eine weitere Amtsdauer zur Verfügung. Ihre Wiederwahl ist kaum gefährdet. Ob sie neben dem Präsidium auch das Ressort Soziales beibehält, entscheidet der neu gewählte Gemeinderat.

ANZEIGE





**CAFE und
Sozialberatung
MIETEN UND BESUCHEN**





Sie bauen Brücken in Bern

Nik Gugger und Marianne Streiff siegen in besonderem Wettbewerb



Renato Pfeffer
Gemeinderat
Richterswil

Der Zürcher EVP Nationalrat Nik Gugger führt, gefolgt von Marianne Streiff EVP Bern, die Rangliste der Brückenbauer im Nationalrat an. Eine Auswertung von CH Media zeigt: Die EVP ist Meisterin im Brückenbau zwischen den politischen Polen – das schreibt sie sich schon seit der Gründung vor über 100 Jahren zu.

Nach der ersten Halbzeit der aktuellen Legislatur hat CH Media eine Auswertung der Vorstösse der Nationalratsmitglieder vorgenommen. Seit Dezember 2019 wurden knapp 2900 Vorstösse mit gut 17 300 Mitunterzeichnenden eingereicht. Be-

urteilt wurde, wie erfolgreich der eigene Vorstoss von anderen Ratsmitgliedern mitunterzeichnet wurde und wie oft man selbst andere Vorstösse unterstützt hat. Es gab dabei mehr Punkte, wenn sie politisch weiter auseinanderlagen.

Nik Gugger, seit vier Jahren für die EVP im Nationalrat, führt die Liste deutlich an. Wer Nik Gugger etwas besser kennt, ist nicht überrascht: Er liebt die Kommunikation über die Parteigrenzen hinweg. Das Gespräch sucht er vor allem auch mit Personen, die nicht zwingend dieselben politischen Überzeugungen haben. Diese versucht Nik Gugger zu gewinnen – und lässt sie auch korrigierend auf seine Vorstösse einwirken. «So hat es schon viele Anpassungen während der Unterschriftensammlung gegeben», meint der Brückenbauer. «Es braucht dafür ein Gespür für das Gegenüber und viel Zeit für die zahlreichen Einzelgespräche.»

Getreu den EVP-Statuten von 1918, in denen die EVP sich bereits als Brückenbauerin bezeichnet hat, ist der EVP-Brückenbauer Nik Gugger in Bern am Wirken. Gefolgt wird er in der Auswertung von EVP Nationalrätin Marianne Streiff. Sie hat vor allem als Mitunterzeichnerin von anderen Vorstössen Punkte gemacht.



Im Bundeshaus (Bild) baut die EVP viele Brücken.

Die EVP Winterthur will Netto-Null-CO2 bis 2040

Das fossile Zeitalter gehört ins Museum



Michael Bänninger
EVP-Gemeinderat
Winterthur

Die Winterthurer Bevölkerung wird am 28. November 2021 über ein verbindliches Netto-Null-Ziel abstimmen. Die «Klimaallianz 2040 Winterthur» bestehend aus EVP, SP, glp, Grüne, AL und der Klimastreikbewegung fordert, dass dieses Ziel bis 2040 erreicht sein soll.

Wie in einer Motion verlangt, präsentierte der Stadtrat das energiepolitische Ziel Netto-Null-2050, zusammen mit einem ersten Massnahmenplan. Die EVP Fraktion verlangte gemeinsam mit den oben genannten Parteien in einer Klimasondersitzung jedoch einen grösseren Einsatz zur Klimaverbesserung.

Die Klimastreikbewegung Winterthur forderte lautstark und medienwirksam sogar Netto-Null bis 2030. Dies brachte Unruhe in die politische Klimaallianz. Für uns als EVP war von Anfang an klar, dass ein kompletter Schiffbruch droht,

wenn wir nicht geeint in die Abstimmung gehen. Intensive Gespräche führten zur Kompromisslösung Netto-Null-2040. Dies brachte uns kurz vor der Parlamentssitzung wieder auf die Zielgerade der politischen Erreichbarkeit. Winterthur könnte damit ein griffiges Netto-Null-Ziel erhalten.

Der Stadtrat ging über die Bücher und unterstützt nun im Abstimmungskampf ebenfalls Netto-Null-2040, was die Klimaallianz natürlich freut. Die Parteiversammlung der EVP Winterthur sagt ebenfalls JA zu diesem Ziel.

VORSTÖSSE IM NATIONAL- UND KANTONS RAT

Cyberabwehr bündeln

Mit einer Interpellation will Nationalrat **Nik Gugger** (Winterthur) den Bundesrat resp. das VBS über die Möglichkeiten befragen, die Cyberabwehr zu bündeln. (21.4316)

Asphaltkollektoren auf Zürcher Strassen

Mit einem Postulat verlangte Kantonsrat **Daniel Sommer** (Affoltern a. A.) vom Regierungsrat einen Pilotversuch, um abzuklären, wie mit Hilfe von Asphaltkollektoren Wärme produziert und gespeichert werden könnte. Gemäss Antwort des Regierungsrates

konnte erst im August 2021 die EW Wald AG dafür gewonnen werden. Das Projekt wird vom Kanton finanziell unterstützt und für die messtechnische Auswertung begleitet. (304/2019)

Vorbereitung auf Strommangellagen

In einem Postulat verlangt **Daniel Sommer** (Affoltern a. Albis) vom Regierungsrat darüber Auskunft, welche Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Stromversorgung für die kommenden Jahre sicherzustellen. Präventiv soll auf eine Strommangellage vorbereitet

werden, um die schädlichen Auswirkungen möglichst gering zu halten. (282/2021)

Informatikprojekte im Kanton Zürich

In einer Dringlichen Anfrage bittet Kantonsrat **Walter Meier** (Uster) den Regierungsrat um eine detaillierte Übersicht über die in der Informatik aktuell tätigen Mitarbeitenden sowie über die in der KEF-Periode 2022 bis 2025 geplanten Informatikprojekte. (356/2021)

Details: parlament.ch und kantonsrat.zh.ch

Die EVP für Winti: eigenständig – echt – engagiert

Mit diesen drei E geht die EVP Winterthur in die Wahlen für das Stadtparlament



Lilian Banholzer Hänzli
Co-Präsidentin
EVP Stadtpartei
Winterthur

Die EVP will mit jungen Kräften im Februar 2022 einen fünften Sitz im 60-köpfigen Stadtparlament gewinnen.

Die EVP Winterthur feiert im Wahljahr 2022 ihr hundertjähriges Jubiläum. Als echtes Jubiläumsgeschenk wünscht sie sich einen fünften Sitz im 60-köpfigen Stadtparlament. Die Voraussetzungen dazu sind recht gut, obwohl wir auf eine Stadtratskandidatur verzichtet haben. Dafür präsentieren wir eine junge und vielfältige Liste mit Menschen aus verschiedensten Berufen, Lebensumständen und kirchlichen Hintergründen.

«Als echtes Jubiläumsgeschenk wünscht sich die EVP Winterthur einen fünften Sitz im 60-köpfigen Stadtparlament.»

Die vier bisherigen EVP-Parlamentsmitglieder treten wieder an: An der Spitze Barbara Huizinga, die seit sieben Jahren für die EVP politisiert und 2017 auch einen Stadtratswahlkampf

bestritten hat. Es folgt Michael Bänninger als Fraktionspräsident, auch er mit langjähriger Erfahrung. An dritter und vierter Stelle kandidieren Franziska Kramer und Daniela Roth-Nater, unsere amtsjüngsten Parlamentarierinnen, die sich in kurzer Zeit schon viel Respekt verschafft haben. Hinter den Bisherigen folgt mit Alex Würzer ein junger Kandidat, der hoffentlich bald im Parlament Einsitz nehmen kann.

Die EVP will sich, wie der Slogan sagt, als eigenständige, echte und engagierte Partei profilieren. In wechselnden Allianzen suchen wir mit den anderen Parteien tragfähige Lösungen für Winterthur und sind eine verlässliche soziale und ökologische Stimme.

Wir wünschen uns, dass die Winterthurer Bevölkerung genau das an der EVP schätzt.



Die fünf Spitzenkandidierenden: Alex Würzer, Barbara Huizinga, Michael Bänninger, Franziska Kramer und Daniela Roth-Nater

Bahnhof Hardbrücke

Erfolgreicher EVP-Vorstoss im Zürcher Gemeinderat



Jörg Altorfer
Redaktion EVPinfo
Zürich

Ernst Danner (EVP) hat zusammen mit Urs Helfenstein (SP) eine Aufwertung des Bahnhofs Hardbrücke verlangt. Gefordert wird ein zusätzlicher Zugang von Osten her, eine Verbesserung der Sicherheit und ein bedienter Billettschalter. Im Zürcher Stadtparlament wurde dieser Vorstoss mit grossem Mehr verabschiedet. Es zeigt sich, dass die EVP wichtige Themen anstösst und es sich lohnt, sie 2022 wieder ins Parlament zu wählen.

Der Bahnhof Hardbrücke wurde 1984 als provisorische Haltestelle für 9000 Personen pro Tag in Betrieb genommen. Mit der Zürcher S-Bahn stiegen die Zahlen stark an und liegen heute bei 60 000. Es halten neun S-Bahnen, drei Buslinien und ein Tram hier. In Zukunft könnten es bald

90 000 Personen pro Tag sein, da in der Nähe viele neue Wohnungen entstehen. Logisch, dass für so viele Leute die Perrons zu schmal sind. Auf der Hardbrücke kommen sich zudem wartende Buspassagiere und Velos in die Quere.

«Es zeigt sich, dass die EVP wichtige Themen anstösst und es sich lohnt, sie 2022 wieder ins Parlament zu wählen.»

Von den 3 Forderungen fällt nur der Zugang Ost in die Kompetenz der Stadt. Die Sicherheit und eine Verkaufsstelle sind Sache der SBB. Dieser dritte Zugang zu den Perrons ist sinnvoll. Er wird nun zusammen mit der Veloquerung über das Gleisareal auf der Höhe des Wipkinger Viadukts geplant. So könnte auch die Anzahl Velos auf der Hardbrücke reduziert werden. Eine Machbarkeitsstudie wird schon bald vorgestellt. Ein Totalumbau des Bahnhofs mit breiteren Perrons ist von der SBB leider erst im «Step 2040» angedacht.

STATEMENT



Ernst Danner

EVP-Gemeinderat Stadt Zürich

«Es kann ein Handicap sein, wenn man sich mit einem fremdländischen Namen bewerben muss. Die EVP hält deshalb eine Anonymisierung des Namens für sinnvoll, um eine faire Auswahl zu ermöglichen.»

Ernst Danner begründet im Gemeinderat das Ja der EVP zu einem Postulat, das die versuchsweise Einführung von anonymisierten Bewerbungsverfahren verlangt. Alter und Geschlecht sollten jedoch offengelegt werden, weil diese beiden Kriterien unter Umständen bei einer Anstellung zu Recht eine Rolle spielen können.

Stiftung Ancora-Meilestei: Wieder leben – wieder wohnen – wieder arbeiten

Für Michael Müller stehen Wirtschaftlichkeit und Menschen ganzheitlich im Mittelpunkt



David Zimmermann
EVP-Gemeinderat
Illnau-Effretikon

Wie kann eine christliche Sozialeinrichtung die ihr anvertrauten Menschen mit Beeinträchtigungen stützen und trotzdem die Wirtschaftlichkeit nicht aus den Augen verlieren? Der Gesamtleiter von Ancora-Meilestei, Michael Müller, erklärt es uns am Sitz der Stiftung in Wetzikon.

«Manchmal braucht es wenig, um durch die Menschen zu fallen. Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung oder einem Suchtverhalten haben oft schwierige Voraussetzungen, um den Anforderungen des täglichen Lebens gewachsen zu sein», schreibt die Stiftung auf ihrer Homepage.

Aus der Stiftung Bund der Taube, später Ancora, gegründet 1980 von Dr. Irmgard Buck, und dem Verein Meilestei, gegründet 1990 von Oliver Meisser, ist 2016 die heutige gemeinnützige Stiftung entstanden. Einzelne waren die beiden zu klein, hatten aber gleiche Ziele und erreichten durch den Zusammenschluss ein wirtschaftlicheres Volumen.

Bis zu seinem Stellenantritt im Jahr 2019 war Michael Müller 17 Jahre als Eigentümer und CEO einer Firma für Reinraumtechnologie tätig. Als ein Mann aus der Wirtschaft versteht er es, die Ressourcen organisatorisch zu bündeln. Keine leichte Aufgabe, wenn man bedenkt, dass das Werk über sechs Standorte in zwei Kantonen verteilt ist. Der Gesamtleiter hat es sich zur Aufgabe ge-

macht, das Ganze zu konsolidieren und eine gemeinsame Kultur zu entwickeln.

Die Klienten von Ancora-Meilestei werden durch verschiedene Stellen zugewiesen, die vorgängig für jede Person deren Bedürfnisse abklären. In den beiden Arbeitsbereichen werden 20 geschützte Arbeitsplätze angeboten, dazu rund 50 Stellen für Auszubildende und Integrationsprogramme für den ersten Arbeitsmarkt. Es ist eindrücklich, dass es vielen Menschen mit besonderen Bedürfnissen gelingt, eidgenössische Berufsatteste und Fähigkeitszeugnisse zu erwerben.

«Die Gesellschaft darf diese Menschen nicht aus den Augen verlieren, weil sie unserer Hilfe bedürfen.»

Seit Frühling 2021 sieht sich die Stiftung mit einer massiv gestiegenen Nachfrage nach begleitetem Wohnen konfrontiert. Eine mögliche Ursache ist die zunehmende Vereinsamung, unter anderem ausgelöst durch die Pandemie. Gefragt nach den gegenwärtigen Herausforderungen für das Werk, erwähnt Michael Müller eine Verknappung von Ressourcen für die Dienstleistungen von Ancora-Meilestei.

Was wünscht Michael Müller von der Politik? «Die Gesellschaft darf diese Menschen nicht aus den Augen verlieren, weil sie unserer Hilfe bedürfen.» Das Gesetz zur Subjektfinanzierung, das er als Mitglied des Vorstandes der INSOS Zürich unterstützt, sieht er als Schritt in die Richtung eines selbstbestimmten Lebens seiner Klienten und Klientinnen.

Und wie finanziert sich die Stiftung? Nicht ohne Stolz erklärt mir der Gesamtleiter, dass etwa ein Drittel des Ertrags aus dem Verkauf von Produkten und Dienstleistungen stammt. Der Rest wird von der öffentlichen Hand getragen. Nur 2% des Ertrags sind Spenden. Sie ermöglichen innovative Projekte.

Michael Müller

1979
verheiratet mit Silvana
ein Sohn
Hombrechtikon
ancora-meilestei.ch



Michael Müller, Gesamtleiter der Stiftung Ancora-Meilestei, vor einem Erzeugnis aus der Werkstatt

EVP-Wettbewerb



Zu gewinnen gibt es vier SAM-Schoggitafeln aus sozialer Nonprofit-Manufaktur der Stiftung Ancora-Meilestei. Einen Gutschein im Wert von 48 Franken kommt dazu.

Lesen Sie das EVPinfo aufmerksam durch und beantworten Sie die nachstehenden Fragen:

Frage 1: Worüber wird am 28. November im Kanton Zürich abgestimmt? (Seite 1)

Frage 2: Wieviele EVP-Frauen bewerben sich 2022 um ein Stadt- oder Gemeindepräsidium? (Seite 6)

Frage 3: In welchem Jahr soll Winterthur Netto-Null CO₂ erreichen? (Seite 7)

Absender: Name, Adresse, Telefonnummer und E-Mail

Ich möchte die EVP unterstützen. Nehmen Sie bitte mit mir Kontakt auf!

Gewinnerin
Ausgabe Nr. 164:
Annemarie Stubner
8600 Dübendorf

Einsendeschluss:
bis 30. November 2021

Senden an:
EVPinfo,
c/o EVP Kanton Zürich,
Josefstrasse 32, 8005 Zürich,
sekretariat@evpzh.ch

Pflege im Alter - Rundum gut betreut.

ZENTRUM
**RÄMIS
MÜHLE**

Mitten im romantischen Tösstal finden pflegebedürftige Menschen bei uns das optimale Umfeld für Langzeitaufenthalte aller Pflegestufen, für palliative Pflege oder Akut- und Übergangspflege nach einem Spitalaufenthalt.

Das ZENTRUM RÄMISMÜHLE ist von allen Krankenkassen anerkannt. Unsere Tarife liegen im Rahmen der Ergänzungsleistungen des Kantons Zürich. Somit ist der Aufenthalt bei uns in der Regel unabhängig von Einkommen und Vermögen finanzierbar.

Weitere Informationen unter www.zentrum-raemismuehle.ch oder kontaktieren Sie uns, wir beraten Sie gerne!

Ausstattung

- Grosszügige Einer- oder Zweierzimmer mit WC/Dusche
- Direktwahltelefon
- Kabelanschluss für TV, Radio und Internet

Pflege und Betreuung

- Ausgebildetes und erfahrenes Pflegefachpersonal
- Eigener Heimpfarrer
- Betreuung durch Hausarzt (freie Arztwahl)
- Keine starren Besuchszeiten



Fordern Sie unsere detaillierten Unterlagen an:

ZENTRUM RÄMISMÜHLE | Mühlestrasse 8 | 8487 Rämismühle
Beratung und Koordination | 052 396 44 33 | beko@raemismuehle.ch



LEBEN IM ZENTRUM



Wellnessoase

Wohlfühlen – verweilen!

Entspannt im SPArtoS die Seele baumeln lassen.



T +41 33 828 88 44
www.hotel-artos.ch

Hotel Artos – ein Teil vom Zentrum Artos Interlaken



JEDES TALENT HAT SEINE CHANCE VERDIENT

Rund 2 Millionen Jugendliche in Ghana sind arbeitslos, unterbeschäftigt oder kämpfen als Strassenverkäuferinnen oder Tagelöhner ums Überleben. In Armut geboren, haben sie keine Chance auf eine Berufsausbildung. Diese kostet Geld, das ihre Eltern nicht aufbringen können. Besonders betroffen sind junge Frauen.

ERMÖGLICHEN SIE JUGENDLICHEN IN GHANA EINE BERUFSLEHRE



Stiftung Opportunity International Schweiz
Badenerstrasse 144
8004 Zürich
Tel.: 044 833 61 30
info@opportunity.ch
www.opportunity.ch

Spenden:
PC-Konto 85-193288-1



Junge EVP stellt Kandidaten

Zahlreiche Mitglieder der JEVP stellen sich für Behördenämter zur Wahl



Renato Pfeffer
EVP-Gemeinderat
Richterswil

In den 13 Zürcher Parlamentsgemeinden hält die EVP seit 2018 34 Sitze. In vier Gemeinderäten ist die Junge EVP Kanton Zürich vertreten: mit Philemon Abegg in Bülach, mit Nadine Burtscher in Dietikon, mit Tim Häfliger in Kloten und mit Linus Fivian in Wetzikon. Drei von ihnen stellen sich zur Wiederwahl.

Philemon Abegg ist ein politischer Senkrechtstarter. Er wurde während der Legislatur nachnominiert und konnte so für die EVP Bülach in den Gemeinderat nachrutschen. Er

wurde bereits als zweiter Vizepräsident des Parlaments gewählt und wird voraussichtlich 2023 das Gemeinderatspräsidium für ein Jahr übernehmen.

Tim Häfliger ist, seit 2018, Mitglied im Gemeinderat Kloten und dort Präsident der dreiköpfigen EVP-Fraktion. Er engagiert sich in der neu gegründeten Energiekommission und ist Vorstandsmitglied der JEVP Kanton Zürich.

Linus Fivian reichte es, ebenfalls 2018, dank einem Restmandat für die EVP Wetzikon als drittes EVP-Mitglied ins Parlament. «Seit meiner Geburt wohne ich in Wetzikon und finde es spannend, im Gemeinderat «meine Stadt» mitzugestalten.» Wir wünschen der EVP Wetzikon, dass sie 2022 ihre drei Sitze halten kann.

Nadine Burtscher ist im Gemeinderat Dietikon Mitglied der GPK und war Präsidentin der Spezialkommission für die neue Gemeindeordnung. Sie verzichtet auf eine Wiederwahl. Dafür sind auf vielen EVP-Listen für die Parlamentswahlen 2022 weitere Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker anzutreffen.



v. l. n. r.: Philemon Abegg, Linus Fivian und Tim Häfliger

Simone Schädler sucht neue Herausforderung

Die EVP Illnau-Effretikon freut sich über ihre Kandidatur für das Stadtparlament



Margrit Wälti
Redaktorin EVPinfo
Winterthur

«Die Welt verändern» – dies ist ein Ziel, das den jungen Erwachsenen vorbehalten ist, findet Simone Schädler. Aber das Leben in der eigenen Gemeinde mitzugestalten, dazu beizutragen, dass sich Menschen in Illnau-Effretikon wohl fühlen, das ist ihr eigenes Ziel.

Simone Schädler (Jahrgang 1974) will in den Gemeinderat (Parlament). Sie hat an der Uni Basel Wirtschaftswissenschaften studiert und dort

ihren Mann kennengelernt. Etliche Jahre arbeitete sie als Controllerin. Sie lebt mit ihrer Familie mit zwei Töchtern seit 2000 in Effretikon. Ihre Freizeit verbringt sie mit vielen verschiedenen Tätigkeiten wie Volleyball, lesen, Freundschaften pflegen, mit den Kindern Sport treiben und wandern. Das alles liebt sie als Ausgleich zu ihrer Arbeit als Präsidentin der Synode der Reformierten Kirche des Kantons Zürich. In dieses Amt wurde sie 2017 gewählt, nachdem sie bereits zwei Jahre als Synodale und 14 Jahre in der Kirchenpflege der Reformierten Kirche Illnau-Effretikon tätig war.

Für den Gemeinderat interessiert sie sich, weil es ihr wichtig ist, mittels konstruktiver Diskussionen gute und tragfähige Lösungen für ge-

sellschaftliche Probleme zu finden, die Illnau-Effretikon betreffen, z. B. Arbeitslosigkeit und Migration. Den Blick für die ganze Gemeinde im Auge zu behalten ist ihr dabei wichtig.



Simone Schädler will in Illnau-Effretikon mitgestalten.

ANZEIGE

JA 28. Nov
zum Klimaschutz
zum Energiegesetz

Mit dem Gewerbe

energiegesetz-zh.ch

AGENDA

Treffpunkt Politik für Senior*innen

Dienstag, 9. November 2021, 14 bis 16 Uhr
 Gast: Lilian Studer, EVP Parteipräsidentin und Nationalrätin, KGH St. Peter, Hofstatt 6, Zürich
 Anmeldung: sekretariat@evpzh.ch,
 Tel. 044 271 43 02

*jevz ZH Political Event

Samstag, 13. November 2021
 Ort und Zeit werden auf der Website publiziert
 Anmeldung: renato.pfeffer@evpzh.ch,
 Tel. 079 787 56 05

Justiz und Recht: Stammtisch

Montag, 22. November 2021, 18.30 Uhr
 Restaurant Zeughauskeller

DV EVP Schweiz

**Samstag, 27. November 2021,
 10 bis 13 Uhr in Wettingen**

*jevz Schweiz 3. a. o.

Mitgliederversammlung
**Samstag, 27. November 2021,
 14 bis 17 Uhr in Wettingen**

Abstimmungen

Sonntag, 28. November 2021

Wir erarbeiten aktuell das neue vielseitige Jahresprogramm 2022. Wenn Sie ein interessantes Angebot haben, das Sie gerne bekannt machen möchten, teilen Sie uns das bitte umgehend mit, damit wir es im gedruckten Jahresprogramm berücksichtigen können.

Die aktuellen und vollständigen Informationen zum Jahresprogramm 2021 finden Sie unter evpzh.ch/aktuelles/termine-evp-zh.html.

CARTOON



© Christoph Heuer

Auf ein Ja zum Energiegesetz – zur Freude der Enkelkinder

PAROLEN

Abstimmung vom 28. November 2021

KANTON

JA Energiegesetz

BUND

JA Volksinitiative «für eine starke Pflege» (Pflegeinitiative)

NEIN

Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren» (Justiz-Initiative)

JA

Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

Details: evppev.ch/abstimmungen/

SCHREIBTALENTE GESUCHT!

Wir sind stets auf der Suche nach neuen Schreibern. In unserem Redaktionsteam haben Sie die Möglichkeit, Ihre Ideen auf kreative Art einzubringen. Sind Sie unser neues Redaktionsmitglied? Dann melden Sie sich bitte gleich per Mail sekretariat@evpzh.ch für die nächste Redaktionssitzung des EVPinfo zum Schnuppern an!

Uferinitiative

Die Unterschriftensammlung für die kantonale Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung» läuft noch **bis 12. November**. EVP-Kantonsrat Tobias Mani, Vizepräsident des Initiativkomitees, freut sich über die schon eingereichten EVP-Unterschriften und bittet jene Stimmberechtigten, die den Initiativbogen noch nicht eingereicht haben, dies umgehend zu tun. (uferinitiative.ch)

WERDEN SIE MITGLIED!

Kinder und Enkel für die EVP gewinnen – Sind Ihre Kinder und Enkel schon Mitglieder der EVP oder der Jungen EVP? Ob gleiche Gemeinde, Kanton oder einfach in der Schweiz wohnhaft – durch jede Mitgliedschaft unterstützen Sie unsere Anliegen für eine enkeltaugliche Politik! Nehmen Sie Kontakt mit uns auf – Dankeschön!

☎ 044 271 43 02

✉ sekretariat@evpzh.ch

🌐 evpzh.ch

📘 🐦 📷 📧

Impressum

Redaktion: Mark A. Wisskirchen (mawi), Kloten. **Redaktionsteam:** Jörg Altorfer (ja), Zürich, Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Hanspeter Hugentobler (hph), Pfäffikon, Peter Reinhard (pr), Kloten, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Peter Schächli (ps), Wädenswil, Margrit Wälti (mw), Winterthur, David Zimmermann (dz), Illnau, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeitende:** Michael Bänninger, Winterthur, Ernst Danner, Zürich, Roger Föhn, Zürich, Nik Gugger, Winterthur, Barbara Günthard Fitze, Winterthur, Walter Meier, Uster, Markus Schaaf, Rämismühle, Daniel Sommer, Affoltern a. Albis, Lilian Studer, Wettingen. **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EVOpa-Verlag, c/o EVP ZH, Limmatstrasse 50, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, evpzh.ch. **Inserate:** Dominik Schmid, c/o EVP Kanton Zürich, Limmatstrasse 50, 8005 Zürich, inserate@evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, Tel. 031 351 71 71, info@evppev.ch. **Gestaltung:** PS Werbung AG (psw.ch), Bachenbühlach. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, Postfach, 8021 Zürich. **Abonnement:** Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1. Höhere Beiträge werden für zusätzliche Gruppen-Abos verwendet. **Postkonto:** 87-467939-4. **WEMF/KS-beglaubigt:** 35 661 Ex. **Erscheinungsweise:** 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder der EVP ZH wiedergeben.

